

INHALT

1. Schlechtes Zeugnis der Unternehmer für die Albig-Regierung
2. CDU setzt sich mit Forderung nach mehr Engagement für die Ehrenamtskarte durch
3. Regierungskonzept für flächendeckende Geburtshilfe überfällig
4. CDU fordert Erhalt von Noten an Grundschulen
5. CDU fordert Ausweitung von Verwaltungsabkommen zu Frauenhäusern
6. HSH-Nordbank bleibt größtes Haushaltsrisiko
7. Breitbandausbau und schnelles Internet sind Motor für wirtschaftliche Entwicklung

10.10.2014

Schlechtes Zeugnis der Unternehmer für die Albig-Regierung CDU-Fraktion fordert bessere Wirtschaftspolitik



Oppositionsführer Daniel Günther

In der traditionellen Umfrage des UV Nord (Links siehe unten) erhielt die Landesregierung heute von den Unternehmern im Land ein schlechtes Zeugnis:

„Albig bekommt die verdiente Quittung für seinen Regierungsstil. Nur 16 Prozent sind mit der Arbeit des Ministerpräsidenten zufrieden. Nicht einmal ein Viertel der Unternehmen bezeichnet die Arbeit der Landesregierung als gut. Und die Zusammenarbeit mit dem ebenfalls SPD-regierten Hamburg sieht nicht einmal jedes zehnte Unternehmen als zufriedenstellend

an“, erklärte der Vorsitzende der CDU-Fraktion und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Daniel Günther.

Angesichts der Mahnungen der Unternehmen müssten der Ministerpräsident und sein Wirtschaftsminister endlich dafür sorgen, dass diese verlässliche Rahmenbedingungen erhalten. Das gelte insbesondere für die großen Verkehrsinfrastrukturprojekte.

Aufgrund der sich deutschlandweit abschwächenden Konjunktur forderte der CDU-Fraktionsvorsitzende die Landesregierung auf, die Warnungen der Unternehmen vor einer Kehrtwende auf dem Arbeitsmarkt ernst zu nehmen. Wirtschaftsminister Meyer dürfe nicht länger der bloße Vollstrecker der wirtschaftsfeindlichen rot/grün/blauen Gesetze sein, sondern müsse endlich zum Anwalt der Unternehmen werden.

Jüngster Beweis für die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit Meyers seien die Haushaltsberatungen. Meyers eigene Fachleute hätten angesichts der Haushaltsansätze vor Straßensperrungen im Winter gewarnt. Anstatt sich für ausreichende Mittel einzusetzen, habe der Verkehrsminister diese berechtigten Warnungen aus dem Papier streichen lassen.

„Ein Wirtschaftsminister muss mehr sein als ein Mangelverwalter. Weil Meyer das nicht ist, hat ihm Ministerpräsident Albig auch ohne vorherige Rücksprache einen Staatssekretär weggenommen. Das sagt alles“, so Günther.

Link zur Politikumfrage:

<http://uvnord.de/pressediens/HPK-2014-Politikumfrage-Schleswig-Holstein.pdf>

Link zur Konjunkturmfrage:

<http://uvnord.de/pressediens/HPK-2014-Konjunkturmfrage.pdf>

CDU setzt sich mit Forderung nach mehr Engagement für die Ehrenamtskarte durch Umdenken bei der Regierungskoalition



Petra Nicolaisen, innepolitische Sprecherin

Wer sich durchschnittlich drei Stunden in der Woche ehrenamtlich engagiert, soll künftig die Ehrenamtskarte erhalten können. Dafür hat sich heute der Landtag einmütig ausgesprochen. Mit der Ehrenamtskarte können zahlreiche Vergünstigungen und Rabatte in Anspruch genommen werden (Nähere Informationen unter nachstehendem Link).

Die CDU-Innenpolitikerin Petra Nicolaisen zeigte sich erfreut über das Umdenken der

Regierungskoalition. Noch im Dezember 2013 hatte die Landesregierung auf die schriftliche Frage der CDU-Landtagsabgeordneten erklärt, an den bestehenden Mindestvoraussetzungen für die Ehrenamtskarte festhalten zu wollen. Heute – nicht einmal ein Jahr später - wollen SPD, Grüne und SSW nach Druck aus der CDU-Opposition nun doch die Zugangsvoraussetzungen senken.

Nicolaisen forderte in der Debatte, nicht nur die Zugangsvoraussetzungen zu erleichtern, sondern auch den Bekanntheitsgrad der Ehrenamtskarte zu erhöhen. Die Ehrenamtskarte gewährt ihren Trägern Vergünstigungen zum Beispiel in öffentlichen und privaten Sport-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie bei Unternehmen. Darüber hinaus müssten in allen Städten und Kreisen mehr Bonus- und Kooperationspartner gewonnen werden.

Auch wenn die Regierungskoalition selbst das Thema Ehrenamt auf die Tagesordnung der Plenartagung gesetzt hat, ließe das tatsächliche Engagement von SPD, Grünen und SSW, zu wünschen übrig, kritisierte Nicolaisen. „Es war schwierig genug, die Landesregierung davon zu überzeugen, die Übungsleiterpauschale in Schleswig-Holstein auf 2.400 Euro pro Jahr steuer- und sozialversicherungsfrei anzuheben. Und wenn Sie es denn ernst meinen, mit der Wertschätzung des Ehrenamtes, dann nehmen Sie das Innenministerium in die Pflicht und sorgen dafür, dass dieses bei den 125-jährigen-Feuerwehrjubiläen wieder anwesend ist!“ Bei den Verhandlungen der neuen Verfassung waren es die Regierungsfaktionen, an denen die Aufnahme des Ehrenamtes als Staatsziel gescheitert ist.

Hier der Link zur Ehrenamtskarte:

<http://www.ehrenamtskarte.de/>

Rede der CDU-Abgeordneten Petra Nicolaisen:

http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-10-10_Pressemeldung_4611.pdf

Kleine Anfrage vom 11.Dezember 2013:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1400/drucksache-18-1427.pdf>

Regierungskonzept für flächendeckende Geburtshilfe überfällig **CDU: Nach 10 Monaten Reden müssen endlich Ergebnisse geliefert werden**



Katja Rathje-Hoffmann, sozialpolitische Sprecherin

Wieder einmal beschäftigt das Thema Geburtshilfe die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Seit Dezember 2013 wurde das Thema mehrfach im Landtag diskutiert. Damals hatten die Abgeordneten fraktionsübergreifend ein Konzept der Regierung eingefordert, bisher allerdings ohne nennenswerte Ergebnisse. Die CDU-Fraktion

wollte dies mit ihrem heutigen Antrag endlich ändern. Sie forderte, die flächendeckende Geburtshilfe nachhaltig sicherzustellen.

Ursprünglicher Anlass für die Debatte um die Geburtshilfe war die Schließung der Geburtshilfeabteilung in Westerland auf Sylt. Auch die Geburtshilfe in Oldenburg in Holstein musste mittlerweile schließen, weitere sind gefährdet.

Die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Katja Rathje-Hoffmann, sagte dazu: „Wir alle wissen, dass wir mitten drin sind im Prozess der Regionalisierung der Geburtshilfe in Land. Unser Ziel kann und darf es nicht sein, eine höchst mögliche Konzentration auf die großen Kliniken herbeizuführen. So würde es sich der Verband der Ersatzkassen (vdek) zwar wünschen, aber nicht die Schwangeren und ihre Familien.“

Weiter erklärte Rathje-Hoffmann, dass sich Einiges verändert habe. Heute seien allein bis zu 75 Prozent aller Schwangerschaften Risikoschwangerschaften, die eine besondere Betreuung erforderten. Auf diese Veränderungen müsse die Bevölkerung in Zusammenarbeit mit den Krankenhausträgern vorbereiten werden und zwar rechtzeitig, damit die Veränderungen im neuen Krankenhausplan ab 2016 Berücksichtigung finden könnten.

„Sehr geehrte Frau Ministerin: Bereits seit 10 Monaten beschäftigt uns dieses Thema. Nun ist es langsam Zeit, nicht nur Förderbescheide zu überreichen, sondern auch Ergebnisse zu liefern, um nicht schon von der nächsten Schließung wieder kalt erwischt zu werden. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Liefern Sie endlich“, beendete Rathje-Hoffmann ihre Rede.

Der Antrag der CDU, sowie der Änderungsantrag der Piraten und der FDP und der Änderungsantrag von SPD, Grünen und SSW wurden in den Sozialausschuss überwiesen.

Link zum Antrag der CDU:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2200/drucksache-18-2256.pdf>

CDU fordert Erhalt von Noten an Grundschulen Kinder brauchen klare und nachvollziehbare Rückmeldungen



Heike Franzen, bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion

Was ist die richtige und kindgerechte Bewertung von schulischen Leistungen? Wie kann man Kinder motivieren, dem Unterricht nicht nur beizuwohnen, sondern sich auch zu beteiligen und anzustrengen? Um diese Fragen ging es heute bei der bildungspolitischen Debatte im Landtag.

Nach Meinung der bildungspolitischen Sprecherin der CDU-Fraktion, Heike Franzen, ist eine Antwort auf diese Frage die prompte Rückmeldung auf die erbrachten schulischen Leistungen und Erfolge. Dies erfordere eine Form, die in erster Linie für die Kinder, aber auch für deren Eltern, leicht verständlich sei. Die CDU-Fraktion spreche sich deshalb für eine Kombination aus Schulnoten und einem schriftlichen Bericht aus, der auf die individuellen Entwicklungen des Kindes eingeht und ihre Stärken deutlich macht.

„Noten sind ein gutes und lang bewährtes pädagogisches Mittel, Kindern eine direkte Rückmeldung für ihre erbrachten Leistungen und Erfolge zu geben. Das sehen übrigens auch die Grundschulleitern in diesem Land so“, verdeutlichte Franzen.

Die CDU-Fraktion bleibe bei ihrer Forderung, die ideologischen Scheuklappen abzusetzen und die Noten als Leistungsbewertung in den Schulen zum Tragen kommen zu lassen. Diese seien erstens transparent und leicht verständlich, zweitens spiegeln sie die Stärken und Schwächen am besten wider und drittens motivierten sie Kinder zu Leistungen.

Ebenso wichtig sei, dass es bei der Bewertung zumindest landesweit einheitliche Standards gebe. Je nach Schule sei es derzeit möglich, dass Kinder erst nach Abschluss der achten Klasse – oder bereits ab der dritten Klasse – Noten erhalten. Dies sei im Hinblick auf einen Schulwechsel nicht zu verantworten.

Hier der Link zum Antrag der CDU:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2200/drucksache-18-2257.pdf>

CDU fordert Ausweitung von Verwaltungsabkommen zu Frauenhäusern Bundesweite Regelung wird angestrebt

285 Frauen, die im Jahre 2013 in Schleswig-Holsteinischen Frauenhäusern untergebracht waren, kamen aus anderen Bundesländern. 123 davon kamen aus Hamburg und suchten Schutz im Norden – das ist das Ergebnis einer „Kleinen Anfrage“ des CDU-Abgeordneten Volker Dornquast.

Dies nahm die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag zum Anlass, in ihrem heute im Landtag debattierten Antrag eine Ausweitung des mit Hamburg geschlossenen Verwaltungsabkommens auf andere Bundesländer zu fordern. Nur so könne es zu einem gerechteren Kostenausgleich zwischen den Bundesländern kommen. Bislang erhält Schleswig-Holstein für aufgenommene Frauen aus anderen Bundesländern kein Geld.

Katja Rathje-Hoffmann, sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion sagte dazu: „Es freut mich natürlich, dass die Arbeit der schleswig-holsteinischen Frauenhäuser auch länderübergreifend sehr geschätzt wird. Unter dem Aspekt der Überregionalität der Frauenhausplätze spricht jedoch vieles dafür, eine bundesweit vergleichbare und verbindlich gestaltete Finanzierungsstruktur zu schaffen.“

Mit den Gegenstimmen von SPD, Grünen und SSW wurde der Antrag der CDU im Landtag abgelehnt.

Link zum Antrag der CDU:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2300/drucksache-18-2324.pdf>

Link zur Kleinen Anfrage von Volker Dornquast:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1900/drucksache-18-1933.pdf>

HSH-Nordbank bleibt größtes Haushaltsrisiko

Unmittelbar vor Veröffentlichung des Stresstests hat Albig den Staatssekretär gewechselt



Tobias Koch, Finanzexperte der CDU-Fraktion

In wenigen Wochen wird die Europäische Zentralbank die Ergebnisse des Stresstests bei der HSH-Nordbank – und daraus eventuell abzuleitenden Maßnahmen – veröffentlichen. Hinzu kommt die für das erste Quartal 2015 erwartete Entscheidung der EU im Beihilfeverfahren wegen der Aufstockung der Garantien durch Hamburg und Schleswig-Holstein.

Vor diesem Hintergrund diskutierte der Landtag heute erneut über die Situation des laut Finanzministerin Monika Heinold „nach wie vor größte Haushaltsrisiko unseres Landes“.

Für die CDU-Fraktion betonte Tobias Koch, man werde sich nicht an Spekulationen über den Ausgang des Stresstests beteiligen. Fakt sei allerdings, dass die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein noch bis Mitte nächsten Jahres mit Bürgschaften von über 20 Mrd. Euro für die HSH Nordbank gerade stehen. Hinzu kommt das Garantievolumen von 7 respektive 10 Mrd. Euro.

Der Ausgang des Stresstests habe damit nicht nur für die HSH Nordbank, sondern auch für den Landeshaushalt herausragende Bedeutung! Im Fall der Fälle sei akutes Krisenmanagement gefordert, um eine Bedrohung für den Landeshaushalt abzuwenden.

Vor diesem Hintergrund sei es unverantwortlich, dass Ministerpräsident Torsten Albig ausgerechnet jetzt im Rahmen der Regierungskrise den zuständigen Staatssekretär Thomas Losse-Müller ausgewechselt habe, um ihn zum Chef der Staatskanzlei zu machen. Losse-Müller vertrete das Land auch im HSH-Aufsichtsrat. Der Nachfolger trete seinen Dienst erst am 20. Oktober an, kurz vor der Bekanntgabe des Stresstests. „Zu den Ergebnissen des HSH Untersuchungsausschusses in der vergangenen Wahlperiode gehörte die Erkenntnis, dass eine Ursache für die Krise der HSH Nordbank der Personalwechsel in den Vorstandsressorts gewesen ist: Fehlende Kontinuität, zwischenzeitliche Vakanzen und die Übernahme von Mehrfachfunktionen hatten vor und während der Finanzmarktkrise verhängnisvolle Konsequenzen für die Bank“, so Koch. Sehenden Auges mache die Landesregierung jetzt den gleichen Fehler.

Breitbandausbau und schnelles Internet sind Motor für wirtschaftliche Entwicklung Albig-Regierung kann viel von Bayern lernen



Teilnehmer an der Sprechertagung

Insgesamt 1,5 Milliarden Euro hat der Bayerische Landtag der Staatsregierung allein nur zur Umsetzung eines flächendeckenden Breitbandausbaus mit schnellem Internet zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der Fachtagung des Fraktionsarbeitskreises (FAK) Medien besuchten die Schleswig-Holsteinischen CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Axel Bernstein, Johannes Callsen und Hans-Jörn Arp das Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, welches für die Bündelung aller Aktivitäten des prioritären Programms "Digitale Agenda" zuständig ist. Neben digitaler Bildung, einer Gründerinitiative für Start-up-Unternehmen unter Einbeziehung von großen und mittelständischen Unternehmen forciert Bayern insbesondere den Breitbandausbau. Bis zum Jahre 2018 sollen alle Haushalte und Gewerbebetriebe im ganzen Land über leistungsfähiges, schnelles Internet verfügen.

Der Medienexperte und Vorsitzende des FAK Medien Dr. Axel Bernstein war beeindruckt, "wie der Freistaat Bayern das Thema 'Digitale Agenda' anpackt und übergreifend umsetzt." Das sei ein größerer Wurf, der zudem ganz wesentlich zur Wirtschaftsentwicklung Bayerns beitragen werde. In Schleswig-Holstein stellt die Landesregierung lediglich 50 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt für den Breitbandausbau zur Verfügung. "Während die größeren Städte und einige Regionen bereits über ein gutes Glasfasernetz verfügen, gibt es noch circa 30 Prozent des ländlichen Raumes ohne leistungsfähiges Highspeed-Internet. Das bringt im Wettbewerb zunehmende Standortnachteile insbesondere für die mittelständische Wirtschaft mit sich", sagte Dr. Axel Bernstein.

In einem weiteren Gespräch mit dem Vorsitzenden der CSU- Landtagsfraktion, Thomas Kreuzer, und dem Chef der bayrischen CSU-Arbeitsgruppe Medien und Digitalisierung, Markus Blume, hoben die Landespolitiker noch einmal die ökonomische und politische Bedeutung des Programms hervor.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de